



PRESSEMITTEILUNG 02/2015

Berlin, den 05. März 2015

Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.

Friedrichstraße 154
10117 Berlin
Tel.: 030 / 22 48 84 12
Fax: 030 / 22 48 84 14
www.promobilitaet.de
info@promobilitaet.de

Präsidium

Dr. Peter Fischer (Vorsitzender)
Ulrich Klaus Becker
Peter H. Coenen
Dr.-Ing. Walter Fleischer
Stefan Kölbl
Peter Markus Löw
Adalbert Wandt
Matthias Wissmann

Geschäftsführung
Stefan Gerwens

Mitglieder

3M Deutschland GmbH
ADAC e.V.
AGES Maut System GmbH & Co. KG
ARBIT Service GmbH
Autobahn Tank & Rast GmbH
Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft
Bundesverband Baustoffe, Steine und Erden e.V.
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung e.V.
Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmer e.V.
DEKRA e.V.
Deutscher Asphaltverband e.V.
DKV Euroservice GmbH + Co. KG
Domier Consulting GmbH
Eurovia Infra GmbH
Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.
HOCHTIEF AG
J. Friedrich Storz Verkehrswegebau GmbH & Co. KG
Kapsch Telematik Services GmbH
KEMNA BAU
Andrae GmbH & Co. KG
Road Account
SVG Bundes-Zentralgenossenschaft Straßenverkehr eG
Tensor International GmbH
Toll Collect GmbH
UNION TANK Eckstein GmbH & Co. KG
Verband Beratender Ingenieure e.V.
Verband der Automobilindustrie e.V.
Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e.V.
Verein Deutscher Zementwerke e.V.
Zentralverband Deutsches Baugewerbe e.V.
Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V.

Fünf-Milliarden-Investitionsprogramm für kommunale Infrastruktur

Sondermittel für marode Straßen und Brücken nutzen

Kommunen sollen vom Bund bis 2017 fünf Milliarden zusätzliche Investitionsmittel erhalten. 3,5 Milliarden davon sind als Sondervermögen für besonders finanzschwache Städte, Gemeinden und Landkreise reserviert. „Das ist ein erster kleiner Schritt, um den enormen Investitionsstau der kommunalen Infrastruktur zu entschärfen“, begrüßt Dr. Peter Fischer, Präsident von Pro Mobilität - Initiative für Verkehrsinfrastruktur, die jüngsten Pläne der Bundesregierung.

Jetzt bestehe die Chance, in den Kommunen und Städten zumindest die wichtigsten der bröckelnden Straßen und maroden Brücken zu sanieren. Dazu müssten die gesetzlichen Rahmenbedingungen jedoch so gestaltet werden, dass Bundesmittel direkt in kommunale Straßeninfrastrukturprojekte fließen können. „Bei den Konjunkturprogrammen von 2009 und 2010 war dies nur in sehr engen Grenzen erfolgt“, erinnert Fischer.

118 Milliarden Euro beträgt der Investitionsrückstand in deutschen Kommunen und Kreisen laut KfW-Kommunalpanel 2014. Über 30 Milliarden davon fehlen für die Instandhaltung von kommunalen Straßen, Brücken und Tunneln. Besonders größere Städte nennen diesen Infrastrukturbereich als Problemfeld Nummer eins. Laut einer Studie des Difu-Instituts müssen bis zum Jahr 2030 mehr als 10.000 kommunale Brücken ersetzt werden.

„Mit dem geplanten 3,5-Milliarden-Sonderfond könnten finanziell schwache Regionen ihre bröckelnde Straßeninfrastruktur endlich etwas stabilisieren und damit auch als Standort wieder attraktiver werden“, betont Verbandspräsident Fischer. Die Bundesregierung müsse dafür jetzt im Gesetzentwurf die Voraussetzung schaffen, der am 18. März 2015 beschlossen werden soll.

Weitere Informationen: Stefan Gerwens, Geschäftsführer
Pro Mobilität – Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.